

Liechtensteiner Volksblatt

Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan · Telefon (075) 232 42 42 · Fax Redaktion (075) 232 29 12 · Fax Inserate (075) 232 95 46 · Amtliches Publikationsorgan · 80 Rp.

Mehrheit von VU und FL bestimmten 80-Prozent-Beschäftigung

Ausgiebige Debatte im Landtag über Regierungsreform und über den Beschäftigungsgrad der nebenamtlichen Regierungsmitglieder

(G.M.) - Der Beschäftigungsgrad und die damit zusammenhängende Besoldung der nebenamtlichen Regierungsmitglieder, die ein zentrales Thema während den Koalitionsverhandlungen bildeten, wurden vom Landtag nach längerer, kontroverser Diskussion in der Nachtsitzung nach den Vorstellungen von VU-Fraktion und den beiden FL-Abgeordneten geregelt. Regierungsrat Dr. Michael Ritter (VU) erhielt von der VU-FL-Mehrheit den von ihm geforderten Beschäftigungsgrad von 80 Prozent, wofür er in der Regierung zwei Ressorts betreut. Die FBP-Fraktion konnte sich mit ihrer Argumentation, dass vor der Beschäftigungsfrage eine Regierungsreform durchgeführt werden sollte, nicht durchsetzen. Nach VU-Interpretation lässt die getroffene Regelung die Möglichkeit offen, dass auch die anderen beiden nebenamtlichen Regierungsmitglieder ihren Beschäftigungsgrad nach Übernahme weiterer Ressorts erhöhen können.

Die Meinungen über die Frage des Beschäftigungs- und Besoldungsgrades waren offensichtlich schon vor der Aufnahme dieses umstrittenen Tagesordnungspunktes gemacht, so dass die längere Debatte lediglich den Zweck hatte, die verschiedenen Argumentationen sicht-

bar zu machen. Während die FBP-Abgeordneten ihre Position betonten, dass vor einer Detailänderung die schon lange überfällige Regierungsreform - wie von der Regierung mehrfach versprochen - durchgeführt werden sollte, verteidigten die VU-Abgeordneten die Forderung ihres Regierungsrates, der sich offenbar diese Zusicherung in dieser Richtung vor seinem Seitenwechsel und dem Eintritt in die Regierung als VU-Regierungsrat von seinen neuen Parteifreunden geben liess. Die Freie Liste verhielt sich gemäss ihren früheren Stellungnahmen zugunsten der Wahlmöglichkeit des Beschäftigungsgrades, obwohl einer ihrer Vertreter bei der Wahl der Regierung gewisse Andeutungen machte, die auf einen Positionswechsel schliessen liessen.

80 Prozent führt zu Vollamt

Neben den grundsätzlichen Erwägungen, dass zuerst die Struktur einer Bereinigung zugeführt werden sollte, bevor über Detailfragen wie Beschäftigungsgrad der nebenamtlichen Regierungsmitglieder befunden werde, gab FBP-Fraktionssprecher Dr. Guido Meier zu verstehen, dass ein 80-Prozent-Beschäftigungsgrad unweigerlich zu einer Regierung mit lauter vollamtlichen Regierungsmitgliedern führen werde. Er plä-

dierte für ein zügiges Vorgehen bei der Strukturreform der Regierung, deren Unterbau nach den bereits vorliegenden Vorarbeiten gestärkt und verbreitert werden sollte. Gleichzeitig gab er auch seiner Befürchtung Ausdruck, dass mit dem 80-Prozent-Modell kaum mehr geeignete Kräfte aus der Privatwirtschaft für ein Regierungsamt zu bewegen seien, denn eine Restbeschäftigung von 20 Prozent sei kaum möglich.

Reformbestrebungen gehen weiter?

VU-Fraktionssprecher Dr. Peter Wolff, der die nicht leichte Aufgabe hatte, anhand einer Einzelforderung die Änderung eines seit Jahrzehnten bewährten Systems mit der 50prozentigen Beschäftigung der nebenamtlichen Regierungsmitglieder zu begründen, gab das Versprechen ab, dass die Bestrebungen für eine Regierungsreform trotzdem weitergeführt würden. Die VU habe nicht die Absicht, versuche er die geäusserten Bedenken von FBP-Seite zu zerstreuen, dass nach der Zuerkennung der Einzelforderung von Regierungsrat Ritter (VU) auf die Regierungsreform zu verzichten. Nach seiner Auffassung führt die Erhöhung des Beschäftigungsgrades für ein nebenamtliches Regierungsmitglied nicht zwangsläufig zu einer Kettenreaktion, so dass die Regie-

rung in Kürze aus fünf vollamtlichen Regierungsmitgliedern bestehen würde - denn die Überzeugung der FBP-Fraktion, dass eine 80-Prozent-Beschäftigung praktisch einer Vollbeschäftigung gleichkomme, vermochte er trotz verbalem Grossaufwand nicht aus der Welt zu schaffen. Im Wort steht die VU-Fraktion nach seinen Ausführungen freilich in bezug auf die möglichst rasche Verwirklichung der Regierungsreform.

Reformbeginn ohne Konzept?

Während der kontroversen Diskussion, an der sich trotz später Nachtstunde eine ganze Reihe von Abgeordneten aus allen drei politischen Lagern beteiligten, blieb die Frage im Raum stehen, weshalb nun eine Regierungsreform präjudiziert werde mit der Beschäftigungsfrage, ohne dass die Regierung (und auch der Landtag nicht) über ein Konzept verfüge, in welche Richtung eine Regierungsreform gehen sollte. Gilt das von der früheren Regierung erarbeitete Papier mit der Verstärkung des Unterbaus der Regierung oder gibt es andere Vorstellungen? Diese Frage blieb unbeantwortet, doch die Abstimmung ergab unzweideutig eine Mehrheit für die Erhöhung des Beschäftigungsgrades auf 80 Prozent für den VU-Regierungsrat Dr. Michael Ritter.

KOMMENTAR

Kommt das Volk nicht zur Volksvertretung, so kommt die Volksvertretung eben zum Volk. Auf diesen Nenner gebracht, könnte man die erstmalige akustische Übertragung einer umfangreichen Landtags-Debatte über den Landeskanaal kommentieren.

Staatskunde pur: Ungeschminkte, unzensurierte Informationen frei in die Wohnstuben, in die Schulen und vielleicht auch in das eine oder andere Büro geliefert. Zweifelloser Service für politisch interessierte Mitbürgerinnen und Mitbürger. Auch wer vielleicht nur kurz in die Debatten hineingehört hat, konnte sich ein plastisches Bild über die immense Arbeit machen, die unsere Volksvertretung leistet. Manch einer konnte sich auch davon überzeugen, dass der Landtag nicht irgend ein übernatürliches Gebilde, sondern ein Forum engagierter Diskussion ist.

Angesichts der vergleichsweise äusserst geringen Kosten ist zu hoffen, dass eine sol-

Pur und unzensuriert

che Live-Übertragung zum Standard wird, zumal dies auch dem Konzept des Landeskanaals entspricht. Freilich, die eine oder andere Verbesserung, etwa ungefähre zeitliche Angaben darüber, wann in etwa welche Punkte zur Behandlung zu erwarten sind, ist durchaus wünschenswert.

Dass der Versuch des Landtagspräsidenten Dr. Ernst Walch, die Bevölkerung auf kostengünstige Art am Landtagsgeschehen teilhaben zu lassen, bei den gegnerischen Lagern nicht auf unumschränkte Zustimmung stossen würde, hätte eigentlich befürchtet werden können.

Dass sich Dr. Walch aber über die Köpfe der Abgeordneten hinweggesetzt haben soll, wie dies der bekanntermassen streitbare «Vaterland»-Chefredaktor sieht, entspricht nicht den Tatsachen. Es gehört zu den Aufgaben des Landtagspräsidenten, die Sitzungen vorzubereiten. Dass er in diesem Zusammenhang Abklärungen über eine Radioübertragung traf und in der Folge die Abgeordneten schriftlich um ihre Meinung ersuchte, kann nur mit viel bösem Willen als Alleingang taxiert werden. Denn wäre eine Mehrheit der Abgeordneten der Ansicht gewesen, dass eine solche Übertragung ein Übel sei oder zu kurzfristig in die Wege geleitet worden sei, so wäre das Thema für dieses Mal vom Tisch gewesen.

Zur Erinnerung: Der frühere Präsident Dr. Ritter verhinderte seinerzeit eigenmächtig private Tonbandaufzeichnungen. Und als die FBP im letzten Herbst eine TV-Übertragung der EWR-Debatte anregte, gab es keinerlei Anzeichen eines diesbezüglichen Landtagsbeschlusses.

Die VU und die Freie Liste stellen anlässlich der Präsidenten-Schelte im Landtag gar diese Art der ungefilterten Information in Frage. Während man sonst das Fehlen von neutralen Medien bemängelt, sprachen sich VU-Vertreter und Paul Vogt seitens der FL für einen rund zweiseitigen Zusammenschluss der Sitzung aus. Die Frage wäre dann aber wohl sehr rasch, wer über das Wie und Was dieser Ausschnitte entscheiden würde. Deshalb: Lieber unzensurierte Information wie geschehen. (Martin Frommelt)

FBP für Parlamentsreform

Überweisung eines Antrags zur Bildung einer Kommission

(G.M.) - Die einen bezeichneten bereits die Neufassung der Geschäftsordnung des Landtags als Parlamentsreform, andere hatten weitergehende Vorstellungen, die jedoch bisher an der VU-Fraktion scheiterten. Nun soll in dieser Beziehung ein Schritt vorwärts gemacht werden, denn die FBP-Fraktion reichte einen diesbezüglichen Antrag ein. Der Landtag bildete auch bereits eine Kommission.

Die Forderung des Antrags lautete schlicht und einfach «Bestellung einer Landtagskommission zur Erarbeitung von Vorschlägen für eine Parlamentsreform». Nachdem sich Vertreter aller drei Fraktionen dazu geäussert hatten, wurde die Bestellung der fünfköpfigen Kommission vorgenommen, der folgende Abgeordnete angehören: Dr. Ernst Walch und Werner Ospelt (FBP), Paul Kindle und Dr. Peter Wolff (VU) sowie Paul Vogt (FL).

Als Unterzeichner des Antrags begründete Dr. Gabriel Marxer kurz die Vorstellungen der FBP-Fraktion zur

Parlamentsreform. Die primäre Stellung des Landtags als Legislative ist nach seiner Auffassung mit der durchgeführten Änderung der Geschäftsordnung nur geringfügig berührt worden. Er vermisste auch, dass Themen wie die Verbesserung des Geschäftsverkehrs zwischen Landtag und Regierung, die aktivere Mitgestaltung an der Aussenpolitik noch nicht aufgenommen worden seien.

Auch Wolfgang Marxer (FL) bemängelte die punktuellen Verbesserungen durch die Revision der Geschäftsordnung, die aber nicht zu einer eigentlichen Parlamentsreform gerieten. Seine Kritik galt auch der Ausrichtung der Geschäftsordnung auf das damals herrschende Zwei-Parteien-System, obwohl sich damals schon abgezeichnet habe, dass eine dritte Kraft bald in den Landtag einziehen werde. Nun gelte es, die neuen politischen Realitäten anzuerkennen.

Für die VU-Fraktion kritisierte Dr. Peter Wolff den FBP-Antrag, der nach seiner Ansicht ohne nähere Begründung eingetroffen sei. Besser wäre es nach seiner Auffassung gewesen, dass alle drei Parteien einen gemeinsamen Vorstoss unternommen hätten. Auch erschien dem VU-Fraktionssprecher die Aufgabe der Kommission zu unbestimmt.

Änderung des Zollvertrags

Information durch Regierungschef Markus Büchel im Landtag

(G.M.) - Die Auswirkungen der unterschiedlichen Abstimmungsergebnisse in der Schweiz und in Liechtenstein über den EWR-Beitritt wirken sich offensichtlich stärker auf das bisherige Vertragsverhältnis aus, als noch vor einigen Monaten von offizieller Seite verlautete. Regierungschef Markus Büchel, der nicht nur mit der Sache selbst, sondern auch mit den damals geweckten Erwartungen zu kämpfen hat, erklärte im Landtag dazu, dass noch keine «Garantien» vorliegen würden, um zu einem erfolgreichen Abschluss zu gelangen.

In Ergänzung zum Regierungsbericht, der die Entwicklung seit der EWR-Abstimmung vom vergangenen Dezember aufzeigt, gab Regierungschef Markus Büchel einen kurzen Überblick über das Treffen der liechtensteinischen Verhandlungsdelegation am Dienstagabend in Bern.

Er gab zu verstehen, dass in weiten Bereichen aufgrund der vorangegangenen Expertengespräche Lösungsvorschläge erarbeitet worden seien, aber dennoch bestimmte offene Fragen bestünden. Der Regierungschef betonte einmal mehr die Zielsetzung der Regierung, die offene Grenze zur Schweiz bei-

zubehalten, gleichzeitig aber auch dem EWR-Raum anzugehören.

Für die FBP-Fraktion begrüsst Fraktionssprecher Dr. Guido Meier die rasche Information der Regierung über den Stand der Verhandlungen und betonte, es liege ein grosses Bedürfnis nach Informationen vor. Er warnte die Regierung vor Gemeinplätzen in ihren Berichten, obwohl er ein gewisses Verständnis dafür aufbrachte, dass Verhandlungspositionen nicht in aller Öffentlichkeit dargelegt werden könnten. Ein weitere Warnung galt der Infragestellung der schweizerisch-liechtensteinischen Verträge, wie sie im Regierungsbericht angedeutet wurde.

Kritisch äusserte sich VU-Fraktionssprecher Dr. Peter Wolff über den Inhalt der Erklärung des Regierungschefs, der nach seiner Auffassung die eigentlichen Probleme nicht näher spezifiziert habe.

Zwar anerkannte auch er, dass eine Verhandlungsdelegation vorsichtig mit Informationen während der Verhandlungsdauer umgehen müsse, doch bemerkte er, dass gerade diese Zurückhaltung früher Anlass zu Kritik aus den Reihen der FBP-Fraktion gewesen sei.

Die erste Arbeitssitzung wurde zum Marathon

Reichbefrachtete Landtagssitzung am Mittwoch und Donnerstag - Erstmals Übertragung am Landeskanaal



Der Landtag traf sich am Mittwoch und Donnerstag dieser Woche erstmals nach den Wahlen zu einer ordentlichen Arbeitssitzung. Die 37 verschiedenen Tagesordnungspunkte brachten es mit sich, dass der Landtag am Donnerstag eine Nachtschicht einschalten musste, die bis 2.48 Uhr am Freitag früh dauerte. Der Landtag wird nun eine längere Sommerpause einschalten und im September wieder zu einer Arbeitssitzung zusammentreten. (Bild: Beat Schurte)

MINOLTA

DYNAX 7xi

WELTNEUHEIT

Aktion Fr. 1148.-

Bis 17. 7. 1993 - Gratis 1 Settasche 1 Dynax-Trag-Gürtel

IMEX

Telefon 075 / 392 34 08

FL 9495 THURSEN

RENOMMIERTESTEN

ZWANZIG DER WELTWEIT

huber

SCHWEIZER MARKENUHREN

SWISS MADE

STABILE 31

WASSERDICHT